

# Irland

Anthony Costello\*

Kürzlich bestätigte eine Meinungsumfrage, dass 84 Prozent der BürgerInnen Irlands die EU-Mitgliedschaft unterstützen.<sup>1</sup> Somit bleibt Irland trotz eines Rückgangs um neun Prozent einer der EU-freundlichsten Mitgliedstaaten.<sup>2</sup> Dennoch hat das Land in Reaktion auf jüngste Ereignisse einige politische Leitlinien überdacht. Der britische Austritt (Brexit) stärkte Irlands Willen, zu den tonangebenden Akteuren in Europa zu gehören. Ferner ist Irland trotz der Unterstützung vieler Aspekte der politischen Leitlinien der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, skeptisch gegenüber Vorschlägen einer Steuerreform in der EU. Zudem schwand die Unterstützung für höhere Beiträge zum EU-Haushalt angesichts der vorgeschlagenen Reduzierung der Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik. Auch die Covid-19-Pandemie führte zu einer Neubeurteilung der irischen Zahlungszusagen. Irland lässt starke Unterstützung für weitreichendere Kooperation in vielen Politikfeldern wie Migrations- und Erweiterungspolitik erkennen. Aber die öffentliche Meinung über Europa hat sich verändert und könnte die Position des Landes in wichtigen Politikbereichen für die Zukunft Europas beeinflussen.

## Brexit

Am 24. Juli 2019 trat Boris Johnson die Nachfolge von Premierministerin Theresa May an und erbte von ihr eine von der lautstarken konservativen Democratic Unionist Party (DUP) gestützte Regierung. Die Unterhauswahlen vom 12. Dezember 2019 hielt Johnson wohl in Teilen auch ab, um Signalen der DUP zu begegnen, die eine Kehrtwende im so genannten „Backstop“ im überarbeiteten Abkommen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ablehnen würden. Die DUP fürchtete, dass das von Johnson vorgeschlagene Protokoll zu Irland und Nordirland zur Einhaltung der EU-Zollregelungen verpflichten würde, während das Vereinigte Königreich nach einer Übergangsphase im Dezember 2020 aus der EU ausscheiden würde.<sup>3</sup> Die britische Conservative Party (Tories) sicherte sich bei der Wahl eine erdrtschartige Mehrheit von 365 Sitzen und am 31. Januar 2020 wurde Johnsons Austrittsabkommen von den EU-Partnern akzeptiert und beschlossen.<sup>4</sup>

Irland begrüßte die überarbeitete Brexit-Austrittsvereinbarung und die Politische Erklärung, die Rahmenbedingungen für Freihandelsverhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU festhält. Die Vereinbarung setzt die Nord-Süd-Kooperation sowie das einheitliche Reisegebiet (Common Travel Area, CTA) zwischen dem

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von York Albrecht und Jana Schubert.

1 European Movement Ireland: Ireland and the EU Poll. European Movement Ireland, abrufbar unter: <https://www.europeanmovement.ie/programmes/ireland-and-the-eu-poll/> (letzter Zugriff: 24.6.2020).

2 Europäisches Parlament: The 2019 Post-Electoral Survey: Have European Elections entered a new dimension? Eurobarometer Survey 91.5, September 2019, abrufbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2019/post-election-survey-2019-complete-results/report/en-post-election-survey-2019-report.pdf> (letzter Zugriff: 24.6.2020).

3 Oliver Patel: Boris Johnson's Brexit Policy Explained, in: The Conversation, 11.12.2019.

4 Rat der Europäischen Union: Brexit: Council adopts decision to conclude the withdrawal Agreement. Press Release 49/20, 30.1.2020; vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexit“ in diesem Jahrbuch.

Vereinigten Königreich und Irland fort, bietet Sicherheiten für die Rechte von EU-BürgerInnen in beiden Staaten sowie für ein mögliches Handelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU.<sup>5</sup> Irland betonte, dass die Brexit-Verhandlungen erst abgeschlossen seien, wenn ein solches Abkommen verhandelt sei. Dies sei zudem zwingend notwendig, damit das Vereinigte Königreich als künftiger Handelspartner der EU die Integrität des europäischen Binnenmarktes wahrt. Erschwert wurden die Verhandlungen durch die Weigerung Londons, die Übergangsphase über Dezember 2020 hinaus zu verlängern, sodass ein so genannter „hard Brexit“ – ein EU-Austritt des Vereinigten Königreichs ohne abschließenden Handelsvertrag – möglich ist.<sup>6</sup> Dennoch signalisierten beide Seiten am 15. Juni 2020 Bereitschaft, die Verhandlungen zu intensivieren.<sup>7</sup> Die vorherige gleichmütige Verhandlungsführung Londons frustrierte irische Verhandlungsbeteiligte zunehmend. Obwohl sie eine harte Außengrenze zum Vereinigten Königreich nicht bevorzugt, setzt die irische Regierung ihre Vorbereitungen diesbezüglich unter dem Motto „Getting Ireland Brexit Ready“ fort und strebt eine umfassende Brexit-Gesetzgebung an, um die einheimische Industrie vor den möglichen Auswirkungen zu schützen.<sup>8</sup>

Aufgrund der besonderen Beziehung zwischen Nordirland und der irischen Republik nach der Übergangsphase ist es wichtig, dass nordirische Interessen auf EU-Ebene repräsentiert werden und das Protokoll zu Irland und Nordirland eingehalten wird. Die britische Zurückweisung von EU-Vorschlägen, ein EU-Büro in Belfast zu eröffnen, löste kürzlich Bedenken in Irland ob der Einhaltung des Protokolls durch London aus.<sup>9</sup> Irland fordert das Vereinigte Königreich wiederholt dazu auf, die Vereinbarung einzuhalten.

### **Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2021-2027**

Aufgrund der Auswirkungen des britischen EU-Austritts auf die Beitragszahlungen in den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sowie angepasster Budgetverpflichtungen durch verschobene Prioritäten, beispielsweise bei Klima-, Außen- oder Migrationspolitik, schlug die Europäische Kommission erhöhte Beiträge seitens der verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten in den MFR vor. Als Nettobeitragszahler verpflichtete Irland sich zur Erhöhung der eigenen Beiträge gemäß der eigenen wirtschaftlichen Kapazitäten, der Weiterentwicklung der europäischen Einigung und Finanzierung irischer Kerninteressen, vor allem in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).<sup>10</sup> Premierminister Leo Varadkar gab an, dass Irlands Zahlungen erheblich steigen würden, da die Erträge aus der EU-Mitgliedschaft des Landes die eigenen Beiträge bei weitem übersteigen würden. Schätzungen zufolge wird Irland über die siebenjährige Laufzeit des neuen MFR jährlich 760 Mio. Euro mehr zum EU-Budget beitragen.<sup>11</sup> Jedoch haben vorgeschlagene Reduzierungen in der GAP Beden-

---

5 Regierung Irlands: Brexit negotiations, abrufbar unter: <https://www.dfa.ie/brexit/brexit-negotiations/> (letzter Zugriff: 24.6.2020).

6 Denis Staunton/Naomi O’Leary: Britain formally rejects extension to post Brexit transition period, in: *The Irish Times*, 12.6.2020.

7 Naomi O’Leary: EU prepares to knuckle down for summer of Brexit talks, in: *The Irish Times*, 15.6.2020.

8 Juno McEnroe: Ireland and EU making no hard border preparations as no-deal Brexit in sight, in: *Irish Examiner*, 11.6.2020.

9 Tony Connelly: UK refuses EU request for Belfast office, in: RTE, 1.4.2020.

10 Merrionstreet.ie: Statement of the Taoiseach, Leo Varadkar, following the October 2019 European Council, 23.10.2019, abrufbar unter: [https://merrionstreet.ie/en/News-Room/Speeches/Statement\\_of\\_the\\_Taoiseach\\_Leo\\_Varadkar\\_following\\_the\\_October\\_2019\\_European\\_Council.html](https://merrionstreet.ie/en/News-Room/Speeches/Statement_of_the_Taoiseach_Leo_Varadkar_following_the_October_2019_European_Council.html) (letzter Zugriff: 24.6.2020).

11 Ronan McGreevy: Taoiseach predicts steep rise in Ireland’s contribution to the EU budget, in: *The Irish Times*, 15.11.2019.

ken in Irland hervorgerufen. Zunächst hatte der Premierminister den EU-Vorschlag im Februar 2020 zurückgewiesen und angekündigt, dass er seinen politischen Einfluss in Europa geltend machen werde, um Irlands Interesse an der GAP zu verdeutlichen. Diese Versuche werden wahrscheinlich Zahlungen für eine nachhaltigere GAP mit dem Europäischen Green Deal verbinden.<sup>12</sup> Unter der Verhandlungsführung des Präsidenten des Europäischen Rates stiegen die GAP-Beiträge im Februar 2020 zwar leicht, aber nicht zu Irlands Zufriedenheit. Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Mairead McGuinness wies darauf hin, dass es in Brüssel reelle Bedenken gebe, die GAP-Zahlungen in den nächsten sieben Jahren zu reduzieren, um die europäischen Volkswirtschaften nach der Covid-19-Pandemie wieder anzukurbeln. Diese Bedenken nähmen inmitten der deutschen Übernahme der Ratspräsidentschaft während der MFR-Verhandlungen weiter zu.<sup>13</sup>

Verhandlungen über die GAP während der Pandemie könnten sich für Irland als herausfordernd erweisen. Ob Irland zu erhöhten Beitragszahlungen verpflichtet bleibt, ist fraglich. Im April 2020 erlebte Dublin einen pandemiebedingten Anstieg der Arbeitslosenquote von 28,2 Prozent. Trotz der Krisenbewältigungsmaßnahmen der Europäischen Kommission (darunter das Aussetzen fiskaler Restriktionen) ist für Irland ein Haushaltsdefizit von 7,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erwarten.<sup>14</sup> Dies wird aufgrund der vorhergesagten Rezession von 10,5 Prozent inmitten von verstärkten Anleiheprogrammen zum Jahresende 2020 auf 23 Mrd. Euro steigen. Irland hat die öffentlichen Ausgaben zur Krisenbewältigung erhöht, etwa für steigende Ausgaben im Gesundheitssystem oder partielle Lohnfortzahlungen für Arbeitnehmer, die durch die nationale Beschränkungen getroffen wurden. Diese Anpassungen wuchsen angesichts der zuvor etablierten und ambitionierten „Budget 2020“-Verpflichtungen, besonders im Bereich der sozialen Sicherung.<sup>15</sup>

## Die Zukunft Europas

Im September 2019 präsentierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die politischen Leitlinien ihrer Amtszeit.<sup>16</sup> Die definierten Ziele spiegelten die allgemeineren politischen Kernanliegen der Strategischen Agenda für 2019 bis 2024 des Europäischen Rates wider.<sup>17</sup> Diese Dokumente helfen, die Debatten über die Zukunft Europas während der bevorstehenden zweijährigen Konferenz zur Zukunft Europas zu strukturieren.

Irland unterstützt viele aktuell diskutierte Vorschläge, so beispielsweise zur Förderung nachhaltiger Wirtschaftsprozesse und die Reform der Migrationspolitik. Dennoch stehen manche Ziele irischen Interessen konträr gegenüber. Irland wird keinen radikalen Wandel der Steuerpolitik in Europa unterstützen, insbesondere keine Beeinträchtigungen seiner

12 Cillian Rossi: Pushing the Envelope: The EU's Multi-Annual Financial Framework for 2021-2027, März 2020, abrufbar unter: <https://www.iewa.com/wp-content/uploads/2020/03/Pushing-The-Envelope-EU-MFF-21-27.pdf> (letzter Zugriff: 24.6.2020).

13 Eamon Quinn: Concern EU will raid farm budget to fund massive European economy reboot after covid-19, in: Irish Examiner, 26.4.2020.

14 Europäische Kommission: Summary of the European Commission's response to Coronavirus (Covid-19) crisis to date, 24.6.2020, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/ireland/news/summary-of-the-european-commission-s-response-to-corona-virus-covid-19-crisis-to-date\\_en](https://ec.europa.eu/ireland/news/summary-of-the-european-commission-s-response-to-corona-virus-covid-19-crisis-to-date_en) (letzter Zugriff: 24.6.2020).

15 Joe Brennan: NTMA broadens borrowing plans as Donohoe eyes 7.5% budget deficit, in: The Irish Times, 21.4.2020.

16 Ursula von der Leyen: A Union that strives for more: My Agenda for Europe. Political Guidelines for the next European Commission 2019 – 2024, abrufbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20190716RES57231/20190716RES57231.pdf> (letzter Zugriff: 24.6.2020).

17 Europäischer Rat: A New Strategic Agenda 2019-2024, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/39914/a-new-strategic-agenda-2019-2024-en.pdf> (letzter Zugriff: 24.6.2020).

Kompetenzen in der Besteuerung von Unternehmen. Seinerseits lehnt Irland es ab, das eigene Veto in der Steuerpolitik aufzugeben. Trotz dieser Haltung unterstützt Irland den Europäischen Green Deal und die Ziele zur Kohlenstoffdioxidneutralität.<sup>18</sup> Premierminister Varadkar zeigte sich außerdem aufgeschlossen für eine EU-Erweiterung auf dem Westbalkan und eine Reform für eine faire und ausbalancierte Einwanderungspolitik.<sup>19</sup> Dennoch bildeten sich unvorhergesehene Differenzen zwischen der öffentlichen Meinung in Irland und Positionen der Regierung in wichtigen Politikbereichen.

Das Verständnis der Bevölkerung über die EU ist schwach und die öffentliche Meinung über sie schwindet im Vorjahresvergleich. Die Hälfte der BürgerInnen haben noch nicht von der Konferenz zur Zukunft Europas gehört, nur 43 Prozent weiß vom Europäischen Green Deal und nur 48 Prozent glauben, ihre Stimme habe in der EU Gewicht. 75 Prozent der BürgerInnen schätzen den Binnenmarkt, aber nur 49 Prozent glauben, dass Irland Teil einer verstärkten EU-Verteidigungs- und Sicherheitskooperation sein sollte. 51 Prozent der BürgerInnen widersprechen der Aussage, dass Irland sein Veto in der Steuerpolitik aufgeben sollte. Ebenso lehnen sie die weitere Integration von Politikfeldern wie Außenpolitik oder wirtschaftliche Steuerung ab. Dennoch lassen sich auch Veränderungen in der öffentlichen Meinungsbildung berichten: Nur 42 Prozent unterstützen eine weitere EU-Erweiterung und 43 Prozent der BürgerInnen glauben, dass Irland und die EU die weitere Aufnahme von Flüchtlingen zurückweisen sollte. Dass Irland mehr zum EU-Haushalt beitragen sollte, meinen 35 Prozent der Befragten. Diese Zahlen widersprechen den Positionen der irischen Regierung in diesen Themen. Die irischen Präferenzen werden im Nachgang der Konferenz zur Zukunft Europas deutlicher werden, aber die Umfrageergebnisse zeigen, dass die irischen Verhandlungsbeteiligten eine herausfordernde Zeit während Verhandlungen über die Zukunft der EU haben könnten.<sup>20</sup>

## Fazit

Irland bleibt ein engagiertes EU-Mitglied und der britische EU-Austritt hat das Bestreben gefördert, die eigene Zukunft aktiv zu gestalten. Zwar hat die Intensität der Brexit-Verhandlungen abgenommen, dennoch bleibt Irland entschlossen, das Protokoll zu Irland und Nordirland und die heimische Wirtschaft gegen die Auswirkungen eines ausbleibenden Handelsabkommens zwischen der EU dem Vereinigten Königreich zu schützen. Während Irland viele Aspekte der politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin von der Leyen unterstützt, bleibt es argwöhnisch gegenüber den Vorschlägen zu einer Steuerreform in der EU. Zudem unterstützte Dublin zunächst erhöhte MFR-Beitragszahlungen, allerdings führten eine Kombination aus Vorschlägen zur Reduzierung der GAP-Ausgaben und die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu einer Kehrtwende. In Vorbereitung auf die Konferenz zur Zukunft Europas werden unvorhergesehene Differenzen zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierung offengelegt, die eine Herausforderung für die innerirische Meinungsfindung in der Debatte um die Zukunft Europas darstellen könnten.

## Weiterführende Literatur

Europäischer Gerichtshof: Urteil vom 15. Juli 2020, ECLI:EU:T:2020:338, Irland/Europäische Kommission.

---

18 Kevin O'Sullivan: Ireland to support EU carbon-neutral objective for 2050, in: The Irish Times, 18.6.2019.

19 Merrionstreet.ie: Statement by Taoiseach following EU-Western Balkans Summit, 7.5.2020.

20 European Movement Ireland: Ireland and the EU 2020, abrufbar unter: <https://www.europeanmovement.ie/wp-content/uploads/2020/04/FINAL-EM-RED-C-Infographic-2020-FINAL.pdf?x81931> (letzter Zugriff: 24.6.2020).